

Erneuerung der SPD?

Zur Diskussion des Irseer Programmentwurfs

Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, war von 1968 an wissenschaftlicher Assistent an der Ruhr-Universität Bochum, 1973 Assistenzprofessor an der FU Berlin und ist seit 1974 Professor für Soziologie an der Universität Münster.

„Auf der Höhe der Zeit!“ Unter dieser Überschrift präsentierte im vergangenen Juli das „Sozialdemokrat Magazin“ seinen Beziehern den Text eines neuen Grundsatz-Programms. Für Eine-Mark-Zwanzig - so das Angebot der offiziellen Mitgliedszeitschrift der SPD - kann das Fußvolk beim Vorstand in Bonn jene Überlegungen der Partei-Intelligenz seither auch käuflich erwerben, die der Presse von Willy Brandt kurz zuvor als „Irseer Entwurf“¹ vorgestellt worden waren. Das noch-gültige „Godesberger Programm“, das im Jahr 1959 eine entschiedene Modernisierung der SPD einleitete, soll nach bald dreißigjähriger Dauer demnächst abgelöst werden. Mit 109 Schreibmaschinen-Seiten ist der neue Entwurf nicht nur länger als alle früheren Parteiprogramme in der Tradition der Sozialdemokratie; er enthält auch viel mehr Problemfelder als das immerhin schon sehr ausführliche Alt-Programm. Es gibt aber noch andere Unterschiede. Der „Irseer Entwurf“ geht in einigen Sachgebieten programmatisch weit über bisherige Standorte der SPD hinaus, in der Friedenspolitik beispielsweise ebenso wie etwa im Umweltbereich. Manche Themen-Komplexe, wie die „Frauenfrage“, sind als Handlungsfelder sozialdemokratischer Politik ganz neu hinzugekommen. Andere haben früher zwar auch schon eine Rolle gespielt, mußten aber offenbar, wie etwa die Europa-Perspektive, gemäß heutigen Bedingungen erstmals oder viel ausführlicher als bisher zur Kenntnis genommen werden. Bedarf es um derartiger Anpassungen willen aber gleich eines anderen Programms? Oder gab der Machtverlust der SPD nach dem Zerfall der sozial-liberalen Koalition den Ausschlag, die eigene Rolle unter der 1984 vom Essener Bundesparteitag ausgegebenen Losung einer „Godesberger Erneuerung“ zeitgemäß zu interpretieren?

Bad Godesberg

Um nach langen Jahren der Opposition während der Adenauer-Ära endlich mehrheits- und damit auch regierungsfähig zu werden, akzeptierte die SPD in einem ebenso langwierigen wie mühsamen Lernprozeß in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, daß sich die politische Umwelt durch das „Wirtschaftswunder“ beträchtlich gewandelt hatte. Eine Anpassung an die bundesrepubli-

¹ „Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (Entwurf, Irsee, Juni 1986), Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn o. J. (1986), 35 Seiten.

kanischen Verhältnisse erforderte vor allem ein Aufräumen in der ideologischen Besenkammer der Partei. „Wir schwimmen nicht mit dem Strom, sondern gegen ihn.“ Diesen Zustand beschreibend, hatte der sozialdemokratische Spitzenpolitiker Fritz Erler schon 1950 seine Genossen vor der politischen Selbst-Isolierung gewarnt. Er meinte jene Weltbilder der Sozialdemokratie, die sich noch immer in den Kampf-Vorstellungen des 19. Jahrhunderts ergingen und darum für die neuen Bedürfnisse der Wohlstands-Gesellschaft blind machten. Die Zählebigkeit eines derartigen Schubladen-Denkens zeigte sich schon darin, daß es noch Jahre dauern sollte, bis Erler und andere Tagespolitiker endlich Gehör fanden. Um als „Volkspartei“ wählbar zu werden, mußte die SPD aber ebenso endgültig wie gründlich ihren Ruch einer Schichten-Druckgruppe ablegen, denn die geballte Faust bedrohte offenbar nunmehr die eigenen Chancen. Die sprichwörtliche Schallmauer bei den Wählerprozenten war derart nicht zu durchbrechen. Zur inneren Modernisierung der SPD war seinerzeit jedoch noch mehr vonnöten. Die Sozialdemokratie mußte sich ohne Blümenträume von anderen Lösungen auf die westdeutsche Staats-Realität einlassen, wie sie sich im Rahmen der bündnispolitischen Verflechtungen Bonns nach 1949 ergeben hatte, denn die Vorstellungen Kurt Schumachers, die bis dahin die SPD geleitet hatten, waren mittlerweile überholt. Ob sie je als echte Chance bestanden haben mochten, sei dahingestellt: Nach dem Zweiten Weltkrieg jedenfalls war für das Land in der Mitte Europas kein „Sonderweg zwischen Ost und West“ mehr einzuschlagen. Auch - oder gerade - im Interesse des Offenhaltens der „Deutschen Frage“ konnte sich Bonn nur noch auf die Seite der atlantisch-europäischen Allianz stellen. Ein halbes Jahr nach dem Sonderparteitag in Bad Godesberg zog daher Herbert Wehner in einer im In- wie Ausland als Sensation empfundenen Rede auch die außenpolitischen Konsequenzen aus der pragmatischen Wende der SPD von 1959. Während einer Bundestagsdebatte über das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz vom Vormonat betonte der stellvertretende Parteivorsitzende am 30. Juni 1960 eine neue sozialdemokratische „Gemeinsamkeit in allen Grundfragen“ mit den anderen Parlamentsparteien. Wehner ging sogar noch weiter. Ungeachtet eines interessenbedachten Wettstreites zwischen den gesellschaftlichen Kräften im Lande könne jedes anhaltende „Feindverhältnis“ zwischen den großen Parteien nur der Demokratie schaden.

„Wir Deutschen sind trotz allem eine Familie!“ Solchermaßen schlug sich diese Einsicht wenig später auch als versöhnlicher Zungenschlag in dem Regierungsprogramm nieder, mit dem Willy Brandt als Kanzlerkandidat der SPD in den Bundestagswahlkampf von 1961 zog. Mehr noch: Auch die „Große Koalition“ zwischen Christ- und Sozialdemokraten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre trat mit der Rechtfertigung der neuen Regierungs-Partner an, jener ersten Rezession der Nachkriegszeit mit vereinten Kräften begegnen zu wollen. Nach der Absicht Wehners sollte sie auch die Einkehr einer Sozialdemokratie besiegeln, die endlich Besserwisserei und Außenseitertum gleichermaßen zugunsten eher volksnah-parlamentarischer Ziele über Bord geworfen hatte. Fraglos fiel der SPD im Spektrum der politischen Kräfte im Lande auch

weiterhin die Rolle einer „*Veränderungspartei*“ zu, die sie nach Ansicht des konservativen Politologen Werner Kaltefleiter für das hiesige Gemeinwohl nun einmal zu spielen hat. Wichtiger Bestandteil ihrer politischen Arbeit blieb auch jetzt das Eintreten für sozial schwache Bevölkerungsgruppen. Auch fortan beschäftigte sich die Sozialdemokratie intensiv mit Sozialpolitik, um über die sogenannte „sekundäre Umverteilung“ Härten der Wirtschaftsgesellschaft zu mildern und damit die allgemeine Wohlfahrt zu mehren. Ein Blick in das „Godesberger Programm“ von 1959 vermag aber auch zu verdeutlichen, daß die damalige Oppositions-Partei in diesem Reformvorhaben durchaus einen Teil ihrer langfristigen Modernisierungs-Politik sah. Voller Euphorie und ganz im Gegensatz zu früheren Berührungängsten oder Trotzgehalten im gesellschaftlichen Raum verstand sich die SPD nun als *die* Innovationspartei im Lande. Selbst ihre klassischen Sozialziele schienen mithin dem Bemühen nachgeordnet zu sein, die Bundesrepublik durch Reformen an Haupt und Gliedern - vom Bildungssektor bis zum Management - endlich der technischen Neuzeit zu öffnen, die von dem in den fünfziger Jahren so rührigen CDU-Staat inzwischen verschlafen zu werden drohte. Und damit sprach das „Godesberger Programm“ bewußt auch breitere Bevölkerungsschichten an, die ihr die späteren Wahlerfolge erringen halfen. Dadurch also, daß sich die SPD 1959 in den Worten des sozialdemokratischen Partei-Historikers Kurt Klotzbach zur „*Staatspartei*“ mauserte, konnte sie gleichzeitig politisch in ganz anderem Umfang als bisher ihrer klassischen Selbstdefinition als Reformkraft entsprechen. Der „Genosse Trend“ kam ihr dabei entschieden zu Hilfe, weil die Adenauer-Ära deutlich an Erstarrungen zu leiden begann.

Die SPD konnte also mit Hilfe des „Godesberger Programms“ ihr Image einer offenen und zukunftssträchtigen Interessenvertretung ausbauen, ohne im Sinne Otto Kirchheimers gleichzeitig als „Allerweltpartei“ in den Konturen zu verschwimmen. Was wunder, daß sie Ende der sechziger Jahre in den Augen der Studentenbewegung zum Hoffnungsträger geriet. Mit ihr verbanden damals nicht nur die junge Generation, sondern auch große Teile des neuen Mittelstandes positive Werte wie „Fortschritt“, „Aufstieg“ oder auch „Reform“. Mithin war die Godesberger Wende der SPD alles in allem nicht nur verbandsgeschichtlich erfolgreich, sondern sie half auch, das noch junge Parteiensystem in der Bundesrepublik zu festigen. Und das trug viel zum Gedeihen der pluralen Politik in Bonn bei. Wenn man so will, läßt sich in der Konsequenz dieser Deutung der Regierungsverlust von Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 1982 unter anderem auch auf die Abkehr der SPD von den einst in Bad Godesberg verabredeten Prinzipien einer strikt technisch-innovativ gestimmten und sozial-marktwirtschaftlich orientierten Industriegesellschaft zurückführen.

Neuer Anfang?

Warum eine Revision des „Godesberger Programms“, wenn der bestehende Grundsatzrahmen immer noch politischen Handlungsspielraum böte?

Vielleicht nur mit der vordergründigen Überlegung, daß die fünf bisherigen Parteiprogramme der Sozialdemokratie - von Gotha über Erfurt, Görlitz und Heidelberg bis Bad Godesberg - alle durchschnittlich dreißig Jahre lang gültig waren? Gibt es auch sachliche Gründe für die Erneuerung? Oder hadert die Partei mit ihrem noch-gültigen Programm, weil sie dessen Zukunftsbilder nicht länger tragen will, weil sie dessen Technik-Euphorie und Wachstums-Freude ablehnt?

Grundsatzprogramme von Parteien haben eine doppelte Aufgabe: Sie dienen einerseits der innerparteilichen Verständigung über mögliche Zielsetzungen. Andererseits sollen sie aber auch die Werbung um Wähler und womöglich auch um neue Mitglieder fördern. Kurz: Mit Hilfe von Grundsatzprogrammen soll die nötige Geschlossenheit für den Wettstreit um Einfluß auf Staat und Gesellschaft gewährleistet werden. Zur Zeit ihrer Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts war die Sozialdemokratie als „Fundamentalopposition“ gegen haarsträubende Ungerechtigkeiten der frühindustriellen Wirtschaftsverfassung angetreten. In dieser Rolle bildete sie in Abgrenzung zu anderen Parteien zugleich so etwas wie das Sammelbecken einer sozialen Bewegung der benachteiligten Grundschichten. Und obschon sich nicht zuletzt auch durch das gesetzgeberische Wirken der Sozialdemokratie nach und nach die Lebensverhältnisse wesentlich verbesserten, hat diese ursprüngliche Rolle im Laufe der Zeit doch traditionsbildend gewirkt. Keine andere Partei des „demokratischen Verfassungsbogens“ in diesem Land hat von Anfang an die Erörterung ihrer jeweiligen Programme über die zukünftige Gestalt der Gesellschaft so ernst genommen wie gerade die SPD. Beide Aufgaben von Parteiprogrammen - Einigkeit und Werbung - sind dabei insofern nicht zu trennen, als nur triftige Antworten auf die Herausforderungen der Zeit auch Vertrauen vermitteln. Und einzig solche argumentative Redlichkeit kann womöglich den inneren Zusammenhalt einer Partei auf Dauer garantieren. Was daraus für die Sozialdemokratie folgt, das ist von der auf dem Hannoveraner Bundesparteitag von 1973 ins Leben gerufenen „Kommission Grundwerte“ in einer Reihe von Vorarbeiten zum neuen Programm-Entwurf aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet worden. Vermehren sich die politischen Probleme durch den schnellen technisch-wirtschaftlichen Wandel, dann wird die theoretische Aufarbeitung der Lage immer zwingender. Agitation und Propaganda allein können solchen Anpassungsdruck jedenfalls nicht für lange ersetzen.

Opposition

Spätestens seit dem Machtverlust der sozial-liberalen Koalition im Jahr 1982 sind Flügelkämpfe in der SPD unübersehbar, wenn man nicht gar die Ablösung dieser Koalition selbst bereits auf derartige Auseinandersetzungen zurückführen will. Seit Jahren rechtet die SPD ja mit sich selbst darüber, wie es weitergehen soll. Es herrscht ein mehr oder weniger offener Streit zwischen - soll man sagen - *Traditionalisten*, *Reformern* und Vertretern einer Richtung,

die zum Teil unter Rückgriff auf ideologische Zöpfe *alternative Positionen* in fast allen wichtigen Handlungsfeldern der SPD fordern. Die radikale Wende in der Sicherheitspolitik, die der Kölner Parteitag der SPD im November 1983 einer erstaunten Öffentlichkeit präsentierte, mag andeuten, daß es an der Basis der Partei erhebliche Stimmungsumschwünge gibt. In Köln wurde die Linie Helmut Schmidts und einiger weniger Getreuen wie in einem Kirchengerichts-Verfahren förmlich aus der Partei „verstoßen“. Dabei hatte diese Linie immerhin, auf dem Boden des „Godesberger Programmes“, ein Vierteljahrhundert lang die Diplomatie der SPD maßgeblich geleitet. In Bereichen wie Wirtschaft, Energie, Soziales, Umwelt und anderen sind die Meinungen bisher noch nicht ganz so polarisiert, aber Uneinigkeit herrscht auch hier. Angesichts der auseinandertreibenden Flügel wird seit geraumer Zeit nach einer „neuen, integrativen Idee des demokratischen Sozialismus“ gesucht, wie sich der Partei-Ideologe Thomas Meyer ausgedrückt hat. Dabei scheint dieses Ringen um die Zukunft der Sozialdemokratie in dem Bewußtsein geführt zu werden: Je konturierter die Debatte verläuft, um so wahrscheinlicher wird sie schließlich den Zusammenhalt fördern. Ob das aber tatsächlich zutrifft, scheint ebenso fraglich wie die Hoffnung, daß der „Irseer Entwurf“ die erregten Gemüter wieder besänftigen könne.² Ein weiteres kommt hinzu: Geraten erst einmal - frei nach der Losung von Willy Brandt „Wir haben eine neue Sicht der Dinge!“ - die bisherigen Werthaltungen in Bewegung, dann weiß niemand, wohin und wie weit das Pendel ausschwingt. So könnte sich herausstellen, daß auch programmatische Neufestschreibungen, wie sie der „Irseer Entwurf“ vorschlägt, rasch zur Makulatur werden. Und es gibt durchaus Anzeichen für einen derartigen Änderungshang in der Sozialdemokratie.

Überall dort, wo seit langem die politischen Debatten laufen, greift die Programmrevision die heißen Themen auf. Nach Einschätzung der Parteiführung wird offenbar ein Großteil der Vorstellungen von „Godesberg“ unseren Gegenwartsproblemen nicht länger gerecht. Das vermag ein Blick in die vielen Verlautbarungen der „Kommission Grundwerte“ ebenso zu zeigen wie die Lektüre jenes schon 1975 verabschiedeten „Orientierungsrahmens '85“, der nach Einschätzung des Freiburger Politikwissenschaftlers Wilhelm Hennis den hin-und-her-wogenden Streit schon seinerzeit nur mit einem eher mühsamen Formelkompromiß überspielen konnte. Zu denken ist im Kontext der innerparteilichen Konflikte etwa an folgende Fragen, die in der SPD seit längerem als „neue Herausforderungen“ rumoren:

- Wie sind die ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen des herkömmlichen Wirtschaftswachstums einzuschätzen?

² Es ist hier nicht der Ort, um die Diskussionen nachzuzeichnen, die in der SPD nach den letzten Wahlniederlagen entbrannt sind und die ganz wesentlich als Bündnis- und Strategiestreit verlaufen. Bemerkenswert scheinen dabei die ins Treffen geführten sozialstatistischen Daten zu sein: Setzt man die neuen Wählermilieus, die Mitgliederstrukturen der Parteien und die Meinungsbildung beziehungsweise Eliterekrutierung in der SPD in Beziehung zueinander, dann wird deutlich, wie schwer es der Partei fallen muß, überhaupt noch verbindende oder auch nur verbindliche Programm-Aussagen zu treffen, die über eine leere Allgemeinheit hinausreichen.

- Welche Notwendigkeiten aller Art ergeben sich nach der Ernüchterung über die großtechnologischen Durchbrüche?
- Mit welchen Mitteln ist dem strukturell bedingten Abbau von Arbeitsplätzen zu begegnen?
- Was folgt aus der sich abzeichnenden Kostenflut eines staatlichen Sozialsystems, das der Steuerzahler nicht mehr bezahlen kann?
- Wie wird man den Forderungen der Frauen nach mehr Chancengleichheit gerecht?
- Lassen sich die basisdemokratischen Ansprüche der Bürgerinitiativen für die Reformstrategie der SPD verwerten?
- Kann die waffentechnologische Entwicklung eine riskante Aushöhlung der überlieferten Sicherheitsdoktrinen bewirken?

Und auch nicht ganz unwichtig:

- Wann gefährdet die Zuspitzung des Elends in der Dritten Welt die gesamte Weltinnenpolitik?

Einige der hier angesprochenen Themenfelder gab es zur Zeit der Formulierung von „Godesberg“ noch gar nicht. Insofern müssen sich alle großen Parlaments-Parteien mit ihnen befassen, schon um die damit womöglich verbundenen Gär- und Störstoffe nicht den Gruppierungen am Rande der politischen Konsensbereitschaft zu überlassen.

Irseer Entwurf

Von den vierzehn Kapiteln des „Irseer Entwurfes“ beziehen sich allein zehn auf Sachfragen, in denen die SPD gesellschaftspolitische Defizite bemängelt, die es seit „Godesberg“ neu gibt. „Nur durch Veränderung werden wir in die Zukunft hinein retten können, was wir für bewahrenswert halten“ (S. 5), so sagt die Präambel des Programmentwurfes richtungsweisend. Die restlichen vier Kapitel des Papiers befassen sich mit der generellen Ortsbestimmung der Partei. Diese Absätze über „Die Welt, in der wir leben“, „Woher wir kommen, wohin wir wollen“, „Unsere Grundsätze“ und „Mit den jungen Menschen nach vorn“ garnieren zwar mehr oder weniger nur den mit Sachfragen befaßten Kernteil des Grundsatzentwurfes; sie sind deswegen aber noch nicht nebensächlich. Eher umgekehrt: Viele Akzentsetzungen im Hauptteil lassen sich erst durch die programmatischen Definitionen erschließen, die in diesen historischen und ideologischen Ausführungen zu finden sind.

Dabei ist schon in diesen Eingangspassagen eine merkwürdige *Unentschiedenheit* der Argumentation zu spüren, die den ganzen Programmentwurf durchzieht und wohl ziemlich genau die Konfliktlinien in der Gesamtpartei wiedergibt. Man vergleiche beispielsweise einmal die widersprüchlichen Aussagen über die Rolle des Staates, die sich etwa im Kontext der sozial- und wirtschaftspolitischen Erörterungen des „Irseer Entwurfs“ finden. So wird einerseits hervorgehoben, daß sich Lebensrisiken nicht vermeiden lassen. Bei

bester Absicht drohe auch dem übertriebenen Sozialstaat die „Gefahr, in totalitäre Reglementierung abzugleiten“ (S. 8), wenn er alles für jedermann regeln wolle. Die SPD strebe aber keine „Gesellschaft von unmündigen Dauerbetreuten“ (S. 30) an, weswegen die Bürger nicht nur zur Selbständigkeit angehalten sind, sondern die Bildungspolitik auch den Auftrag erhält, diese Mündigkeit zu fördern, wie es im wichtigen Kapitel 12 über die „Kulturgesellschaft“ heißt. Daneben ist von einer „übergreifenden Verantwortung des Staates“ (S. 28) die Rede, dessen Aufgaben nach Vermutung der Programmkommission „eher zu- als abnehmen dürften“ (S. 27). Wie nun? Entweder Freizügigkeit und Mündigkeit, ohne daß gleich an einen „Minimalstaat“ nach dem Geschmack der sogenannten „Angebots-Theorie“ zu denken ist; oder doch der „starke Staat“, wie ihn vor Monaten der SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann im Düsseldorfer Landtag so nachdrücklich gefordert hat und wie er in der Verkleidung als Verteilungs-, Sozial- und Interventions-Staat auch im „Irseer Entwurf“ anzutreffen ist. Also mit einem Wort: der Planungs-Staat, der ohne jede Rücksicht auf die leidige „Staatsquote“ alles richten soll, kann und wird, was die Sozialdemokraten an dieser Republik auszusetzen haben, und das ist Beträchtliches. Gleichsam durch die Hintertür stellt sich im vorliegenden Papier also wieder ein altväterlicher Sozialismus-Begriff ein, der auf die soziologisch doch eher problematischen Vorstellungen von einer „Klassengesellschaft“ (S. 9) nach altem Treu und Glauben zurückzugreifen scheint, die sich im „Irseer Entwurf“ ausdrücklich beschworen sehen. Gesellschaftsbilder wie diese stehen aber nicht nur in einem eher merkwürdigen Kontrast zu der an anderen Text-Stellen betonten Staatsdistanz. Sie haben auch zur Folge, daß sich dies Programm zumindest ab und zu einer Ziellogik zu nähern scheint, die nach wie vor von einer sozialdemokratischen „Systemtransformation“ träumt, was immer das sein mag.

So verraten viele Verlautbarungen des Irseer Entwurfes eine merkwürdige Begriffsverwirrung, wenn gleichzeitig der „Freizügigkeit“ und dem „Sozialismus“ das Wort geredet wird, wobei letzterer doch nach aller Erfahrung eine Planvollmacht über die Bürger braucht. Und obschon laut einer Allensbach-Umfrage von Anfang letzten Jahres immerhin 47 Prozent der Bundesdeutschen das Wort „sozialistisch“ als Attribut einer Partei gutheißen, verbinden die Befragten damit ganz sicher Greifbares: „Reformen“, „Chancengleichheit“ oder auch „Alterssicherung“ fallen ihnen dabei wohl eher ein als eine Annäherung hiesiger Verhältnisse an Zustände wie im „Realsozialismus“.

Zum ersten Mal findet sich Karl Marx in einem sozialdemokratischen Parteiprogramm als Programmzeuge benannt. Dazu hat auf Befragen der Parteivorsitzende Brandt ausgeführt, „mittlerweile gehört Marx'sches Geschichts- und Gesellschaftsdenken zum Bestandteil moderner Wissenschaft“ (Der Spiegel Nr. 26/1986, S. 72 ff., hier S. 75). Trifft das zu? Gibt es überhaupt so etwas wie einen unkontroversen Marxismus, wenn nicht die offizielle Staatsreligion des Ostblocks gemeint ist? Da allein dieser Zeuge mit Namen genannt ist, erhebt sich die Frage, ob der mehrheitsfähige „Geist von Godesberg“ sol-

chermaßen nicht doch in Mitleidenschaft gezogen wird? Seinerzeit sah sich ja in der SPD ausdrücklich ein sogenannter „Begründungsplurah'smus“ anerkannt, wonach zu den geistigen Quellen, derer sich die Theorie der Sozialdemokratie bediente, zwar auch „der“ Marxismus zu zählen wäre, aber nur als ein Vorläufer unter vielen. In dem neuen Programmentwurf wird zu den Bürgen der SPD neben den „Erfahrungen der Arbeiterbewegung“ (S. 8) zwar weiterhin das „Christentum“ (a. a. O.) und die „humanistische Philosophie“ (a. a. O.) gezählt, aber es bleiben unverbindliche Pflichtübungen in einem schöngeistigen Warenkorb. Entsprechend spiegeln die Grundsatz-Formulierungen die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Programmkommission. Immerhin sollten nach dem Willen der Parteileitung die Vorstellungen des „Irseer Entwurfes“ in aller Öffentlichkeit diskutiert werden, jedoch nicht vor den Bundestagswahlen vom vergangenen Januar. Bis zur Verabschiedung des neuen Programms wird also noch geraume Zeit verstreichen. Erst im November 1987 tritt wieder eine Kommission zusammen, die aus acht Mitgliedern und je einem Vertreter der zweiundzwanzig SPD-Bezirke bestehen wird. Sie soll die bis dahin sichtbaren Kritikansätze am vorhegenden Entwurf für einen Programmparteitag überarbeiten, der nun erst für 1989 vorgesehen zu sein scheint. Dies Positionssuchen läßt sich sicherlich als Identitätskrise der Partei deuten, man sollte es aber vielleicht zugleich als Tugend des „Irseer Entwurfs“ ansehen, der eben der zukünftigen Parteilinie kein geschlossenes Bild einer corporate identity mehr vorschreiben will, eher eine „geistige Öffnung“ (Brandt) anpeilt.

Konkret

Neben aller Weltanschaulichkeit haben Parteiprogramme - wenngleich distanzierter als Wahlversprechen oder Regierungserklärungen - auch konkrete Aussagen zu den Politikfeldern zu treffen. Zwar kann mit Blick auf den „Irseer Entwurf“ von einem „Denkmusterwechsel von säkularer Bedeutung“ nur bedingt die Rede sein, trotz Willy Brandts (zit. nach FAZ vom 1.6.1986, S. 2) entsprechender Behauptung vor der Presse. Dennoch hat sich die Kommission zu vielen Themen Neues einfallen lassen. Manche Formulierungen werden nicht nur der Parteibasis, sondern wohl auch der Öffentlichkeit schwierige Auseinandersetzungen aufnötigen. Trotz der erklärten Absicht, „eine gute Zukunft zu gestalten“ (S. 1), klingt der Fortschrittsoptimismus früherer Jahre deutlich gedämpft. Gleichwohl versteht sich der Programmentwurf selbst aber „als Zeichen der Zuversicht“ (S. 6). In seinem Sinne soll es möglich werden, den Frieden zu wahren, die Umwelt zu retten, die Gesellschaft zu demokratisieren, die internationale Solidarität zu mehren, die soziale Sicherung zu gewährleisten, sowie überhaupt endlich die Menschenrechte zu verwirklichen. Ein nicht eben bescheidenes Programm-Vorhaben! Da man Grundsatzformeln aber nicht überbewerten sollte, läßt sich folgern, daß der „Irseer Entwurf“ wenigstens auf deklamatorischem Boden die Plattform für eine breit gefächerte, gleichwohl aktuelle und durchaus eingrenzende Fangsieve-Politik liefern kann. Die siebzehn Autoren - davon vier Frauen -, von

Franz Steinkühler bis zu Ilse Brusic, von Erhard Eppler über Horst Ehmke, von Richard Löwenthal bis zu Heidemarie Wiczorek-Zeul, haben nach zweijährigem Kopfzerbrechen durchaus mit feinem Gespür angesprochen, was in der Bundesrepublik seit längerem gärt und womit gedanklich jongliert wird, bis hin zu argen Zweifeln an der herkömmlichen Politik überhaupt.

Wie sehen die Alternativ-Angebote des „Irseer Entwurfs“ im einzelnen aus?

a) Die Frage nach der Zukunft *Europas* spielt eine große Rolle, durchaus ein traditionsreiches Thema in der SPD. Bereits Mitte des vorigen Jahrhunderts, im Jahr 1866, hatte der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ als Vorläufer der Sozialdemokratie einen „solidarischen europäischen Staat“ (Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 66) verlangt. 1925 war im „Heidelberger Programm“ der SPD gar von der „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ (a. a. O., S. 101) die Rede, zum ersten Mal übrigens in einem deutschen Parteiprogramm! Das blieben aber eher schöne Formeln, dem Bekenntnis zur „Internationalität“ geschuldet. Denn als die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ bereits zwei Jahre bestand - im Jahr 1959 -, wurde im „Godesberger Programm“ nur beiläufig auch die „Zusammenarbeit der europäischen Staaten . . . bejaht“ (a. a. O., S. 207). Diese Zurückhaltung ist im vorliegenden Entwurf-Programm abgelegt worden. In unterschiedlichen Zusammenhängen beruft sich die SPD auf den Zwischenstaatlichkeits-Artikel 24 des Grundgesetzes und befürwortet ausdrücklich die „Einschränkung nationaler Entscheidungsmöglichkeiten“ (S. 11) zugunsten des Europäischen Parlamentes. Die Programmkommission stellt in diesem Kontext auch besonders heraus: Die „Selbstbehauptung Europas“ verlangt eine entschiedene „Bündelung seiner Kräfte“ (S. 10). Auch „wichtige sozialdemokratische Ziele lassen (sich) nicht mehr im Rahmen eines einzelnen Landes verwirklichen“ (a. a. O.).

b) Fand sich im Programm von 1959 die *Frauenfrage* noch unter dem Stichwort der Familienpolitik behandelt, so sind der Emanzipation und Gleichstellung der Frau im vorliegenden Entwurf über vier Manuskriptseiten gewidmet. Ausgehend von der Feststellung, daß „unsere Kultur männlich geprägt blieb“ (S. 15), wird ausführlich dargelegt, was die „Männerwelt“ folglich alles zu lernen hat, damit die Gesellschaftszustände gleichberechtigter werden. Und solcher Einstellungswandel wird für um so dringlicher gehalten, als - so das Irseer Papier - „in Zukunft nur noch sechs Stunden an täglicher Erwerbsarbeit nötig sein“ (S. 16) werden. Unsere Zivilisation hat also mit der durch solchen Frei-Zeitraum ermöglichten Vermischung von Erwerbs- und Haushaltsarbeit fertig zu werden, keine leichte Aufgabe nach Ansicht der Programm-Autoren. Alles in allem, so formuliert es der „Irseer Entwurf“ wohl nicht nach jedermanns Geschmack, „muß die männliche Gesellschaft überwinden, wer die menschliche Gesellschaft will“ (a. a. O.).

c) Ein völlig neues Thema bildet das weite Feld der *Umweltpolitik*. Hier ist die Überarbeitungsbedürftigkeit des „Godesberger Programms“ vielleicht

am einsichtigsten. Überdies wirken die Perspektiven dieses Fragenkreises auf die eine oder andere Weise auch in die übrigen Programmteile hinein. Alle Probleme erweisen sich als „vernetzt“, was ihre Lösung nur um so schwieriger macht. Deswegen schlägt der „Irseer Entwurf“ eine ökologisch-bedachte Wachstumssteuerung der Industriegesellschaft vor, um der weiteren „Verarmung der Natur“ zu begegnen, der „unsere eigene folgen wird“ (S. 19). Anstatt immer nur die Schäden ausgleichen zu wollen, die ein ebenso ungehemmtes wie blindes Wirtschaften hervorruft, sieht die Kommission im Rahmen einer entschiedenen Technik- und Wissenschaftskritik vor, dort rechtzeitig zu lenken oder zu bremsen, wo ansonsten die Folgeschäden größer als der berechenbare Nutzen wären. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang, daß die Sozialdemokraten in ihrem Programm-Entwurf entschieden für die Pflege der „Sozial- und Geisteswissenschaften“ eintreten, ohne die es wohl „immer weniger gelingt, naturwissenschaftliche Erkenntnis und technische Innovation sozial und ethisch zu bewältigen“ (S. 33).

d) Das heißeste Eisen ist wieder die Erörterung von Fragen der zukünftigen *Wirtschaftsordnung* und der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft. Das kann kaum verwundern, denn die Sozialdemokratie vertritt im politischen Raum seit langem die These, man könne der strukturellen Arbeitslosigkeit nicht dadurch Herr werden, daß man auf eine demographische Lösung hofft und die Krise gleichsam „aussitzt“. Auch hier ist im Vergleich zu „Godesberg“ das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte einer Wachstumswirtschaft verflogen. Vielmehr beweise die „Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern“ das Unvermögen, mit den bisher üblichen Verfahren die „gewaltig angewachsenen Produktivkräfte in eine höhere Lebensqualität für alle umzumünzen“ (S. 5). Um hier im Sinne einer „Politik des ausgewählten Wachstums“ (S. 21) gegensteuern zu können, verlangt die SPD den „Vorrang der Menschen vor den Dingen“ (S. 17), was konkret bedeutet: „Das Kapital ist der Arbeit unterzuordnen“ (S. 18). Daraus folgen dann Forderungen nach menschenwürdigen Arbeitsplätzen, nach Arbeitszeitverkürzung, nach Humanisierung der Arbeit, nach Verringerung der Arbeitsdichte, nach steuerlicher Entlastung der Arbeit durch mehr Kapitalbelastung, nach staatlicher Förderung beschäftigungs-intensiver Investitionen und anderes mehr. „Wir müssen reichlich vorhandenes Kapital so lenken“ (S. 24), heißt es an einer Stelle, „daß die scheinbar überflüssige Arbeitskraft der Deckung ungestillter Bedürfnisse dienen und unbefriedigten Bedarf decken kann“. Gleichwohl rückt die SPD formell nicht von ihrer wirtschaftspolitischen Marschroute ab, die sie bereits in „Godesberg“ auf die Formel gebracht hatte: „Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig“! Es findet sich zwar außerordentlich viel Marktkritisches zusammengetragen, die Marktgesellschaft als solche aber sei nicht zu ersetzen. Das schließt nicht aus, daß von staatlicher Rahmenplanung ebenso die Rede ist wie von einer entschlossenen Kontrolle der „Marktmacht“ (S. 26). All das bleibt freilich vage programmatisch, stellt eher ein Versprechen dar, auf jeden Fall etwas Durchgreifendes tun zu wollen zur Behebung der emsig aufgelisteten Mängel der Sozialverfassung.

Widersprüchlichkeiten

Auch wenn man berücksichtigt, daß es sich um einen Entwurf handelt, ist nicht zu übersehen, daß gewisse Folgewidrigkeiten nicht allein auf die - man könnte es so sagen - griffige Ungenauigkeit zurückgeführt werden können, die Parteigrundsätzen nun einmal eigen sind. Sie spiegeln vielmehr Kräfteverhältnisse, die in der Programmkommission um Einfluß gerungen haben. Warum aber blieben diese Meinungsextreme im Staatsverständnis, in den Vorstellungen über eine künftige Sozialpolitik oder in anderer Form auch in den Sicherheitsvorstellungen nebeneinander bestehen? Um hier in Zukunft jede *Doppelmoral* auszuschließen, die den Wählern gegenüber kaum zu rechtfertigen wäre, muß der „Irseer Entwurf“ an vielen Stellen erheblich „entaktualisiert“ werden. Die Sozialdemokratie wird sich darüber hinaus entscheiden müssen, woran sie sich am Ende halten will. An „staatsregulative“ Vorstellungen? Oder doch eher an das Ziel einer durch Sozialreformen humanisierten Gesellschaft, in der tatsächlich „mündige Frauen und Männer in freier Selbstbestimmung ihren Weg... gehen“ (S. 8), wovon so schön die Rede ist?

Laut Auftrag des SPD-Parteitag in Essen vor zwei Jahren sollte die Kommission das „Godesberger Programm“ „fortschreiben“. Nimmt man daher das eindeutige Bekenntnis zur freiheitlichen Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts aus dem Jahr 1959 zum Richtmaß, dann fallen im „Irseer Entwurf“ einige Ungereimtheiten ins Auge, die es erschweren, von einer „Fortschreibung“ zu sprechen. Um es noch einmal zu betonen: In mindestens vier Passagen grenzen sich die Verfasser unmißverständlich von bestehenden Sozialismus-Modellen ab. Und wengleich im historischen Teil sowie in den außenpolitischen Visionen einer Interessen-Abstimmung mit dem Ostblock zum Teil naive Positionen anklingen, so treffen konservative Vorwürfe, er wolle einen bewußten „Wandel durch Annäherung“ in die falsche Richtung, den Programm-entwurf dennoch unbegründet. Die Irritation, die eine Lektüre des Irseer-Papiers auslösen mag, ist viel verwickelter. Denn die Abgrenzungen im Großen schließen Ambivalenzen keineswegs aus, die eine merkwürdige Verwischung der Systemgrenzen bewirken, auf denen man ansonsten entschieden besteht. Wie ist das zu verstehen?

Die Mütter und Väter des „Godesberger Programmes“ hatten bittere Erfahrungen mit Diktaturen jedweder Spielart gemacht. Insofern stellte für sie die „Freiheit“ die Bedingung aller weiteren politischen Wertgeltung dar. Bei der Generation der Enkel scheint diese Rangreihe nicht mehr unumstritten zu sein, anders lassen sich einige Gedankengänge im vorliegenden Grundsatzentwurf nicht erklären. Darf mithin von einer weiteren Ent-Ideologisierung der SPD gesprochen werden, oder steht vielleicht eine ideologische Konjunktur im Sinne einer „Gesinnungsgemeinschaft“ bevor, die Willy Brandt früher einmal für seine Partei beanspruchte?

In der Gewichtung sozialdemokratischer Grundwerte - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - findet durch die ausdrückliche Einschlebung der Gleich-

heitskategorie im „Irseer Entwurf“ eine Umwertung statt. Die Dimension der Freiheit scheint merklich an Gewicht zu verlieren. Koppelt man nämlich die Freiheitsvorstellung allzu eng an Gleichheitsforderungen, dann sieht sich erstere bedenklich eingeschränkt. Damit aber wird dem politischen Relativismus Tor und Tür geöffnet, wie es vor allem die sicherheitspolitischen Träume des „Irseer Entwurfes“ befürchten lassen. Politisch, man könnte sagen, „entwarnt“ wird in diesem Papier mit einem Fehlschluß. Der Unterschied zwischen Ost und West, so wird unterstellt, ist eigentlich gar nicht so erheblich, denn wir haben zwar Freiheit, es fehlt aber an Gleichheit - und im Ostblock ist es umgekehrt. Im Abschnitt DI des Entwurfes wird unter dem Titel „Politik des Friedens“ diese griffige Formel noch durch eine weltpolitische Lagesicht unterstrichen, wonach angesichts der Drohung des Atomkrieges doch eigentlich sowieso alle System-Unterschiede nachrangig seien. Dies Friedenskapitel gehört intellektuell zu den schwächeren Programmpartien. Keineswegs nur deswegen, weil es eher lyrisch - im Sinne des sogenannten Bülow-Papiers zur Militärstrategie vom Herbst 1985 - den eigenen guten Friedenswillen absolut setzt. Auch nicht darum, weil es aus der Perspektive des Augenblicks heraus argumentiert, was für ein auf Dauer angelegtes Grundsatzpapier einige Fragen aufwirft. Argerlich ist vielmehr, daß die leichtfertige Verwischung der unterschiedlichen Systemqualitäten hier aufdringlicher als sonst zu Tage tritt. Der Programmentwurf favorisiert eine Friedenspolitik, die „keine Bedrohungsängste“ (S. 10) auslöst. „Entspannung ist der Prozeß zum Frieden“ (a. a. O.), heißt es pointiert.

Nüchtern betrachtet stellt die „Entspannung“ aber nichts anderes dar, als den Versuch, den Nicht-Kriegs-Zustand der Atom-Ära zu erhalten und doch zu versuchen, durch den Schutz der Freiheit auch den unterdrückten Völkern die historische Chance offenzuhalten, eines Tages in den Genuß jener Menschenrechte zu gelangen, von denen auch im „Irseer Entwurf“ so viel die Rede ist. Diese geschichtliche Option aber, daran muß offenbar erinnert werden, bleibt normative Verpflichtung auch der Entspannungs-Politik. Solange also Westeuropa seinen Einigungsprozeß nicht weiter vorantreibt und vor allem nicht bereit zu sein scheint, die Verantwortung einschließlich der Kosten für eine *eigenständige* Voll-Verteidigung zu tragen, solange bleibt der Alte Kontinent weiter auf die Außenhilfe angewiesen. Wer hier vom „Vasallen-Status“ Europas spricht, der muß sich erst einmal an die eigene Nase fassen. Wie immer, mit Vorstellungen wie diesen löst sich die SPD vom politischen Denkhorizont des „Godesberger Programms“, wohl nicht nur in der Friedensfrage. Das kann durchaus angeraten sein, man sollte freilich die außenpolitischen Konsequenzen diskutieren. Solchermaßen sieht sich über kurz oder lang nicht nur das westliche Verteidigungsbündnis, sondern am Ende womöglich auch jenes „gemeinsame europäische Haus“ der Brüsseler Gemeinschaft in Frage gestellt, auf das im „Irseer Entwurf“ voller Zufriedenheit verwiesen wird. Denn eines scheint doch ganz und gar undenkbar: Daß die Partner der Bundesrepublik neue Abhängigkeiten in Kauf nehmen, nur um sich transatlantisch zu emanzipieren.